

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Dr. Gerald Thalheim  
MdB wirft der Bundes-  
regierung agrarpoliti-  
sches Versagen vor.

Seite 1

Prof. Ingomar Hauchler  
MdB begrüßt die For-  
derung nach einem  
Entwicklungssicher-  
heitsrat.

Seite 6

47. Jahrgang / 79

24. April 1992

### Bonn läßt ostdeutsche Bauern im Stich

**Der Bundesregierung fehlen Wille und Kraft für Entscheidungen zugunsten der Landwirtschaft der neuen Länder**

Von Dr. Gerald Thalheim MdB  
Stellvertretender agrarpolitischer Sprecher der SPD-  
Bundestagsfraktion

1992 wird ein entscheidendes Jahr für die Zukunft der ostdeutschen Landwirtschaft. Waren 1990 und 1991 geprägt durch Neugründungen von Familienbetrieben und die rechtliche Umorganisation ehemaliger LPGen, müssen jetzt alle Betriebe unter Beweis stellen, daß sie für die Zukunft gerüstet sind. Sowohl betriebswirtschaftlich als auch hinsichtlich Marketing und umweltgerechter Landwirtschaft müssen sie den Anforderungen der Bundesrepublik Deutschland und des künftigen EG-Agrarmarktes gerecht werden und für weitere Entwicklungen kreditwürdig sein.

In den beiden zurückliegenden Jahren war die tatsächliche wirtschaftliche Situation vieler Betriebe durch verschiedene Umstände verschleiert. Liquiditätsgewinne durch erhebliche Substanzveräußerungen ehemaliger LPGen, die Verschleppung der Vermögensrückübergangung, hohe Anpassungshilfen sowie Startgelder für Wiedereinrichter täuschten oft eine optimistischere betriebswirtschaftliche Lage vor als tatsächlich gegeben war.

In diesem Jahr müssen die landwirtschaftlichen Unternehmen in den neuen Ländern praktisch ohne Anpassungshilfen über die Runden kommen. Die von der Bundesregierung im Haushalt '92 als solche deklarierten Hilfen entsprechen dem soziostrukturellen Einkommensausgleich der alten Länder und sind damit hier wie dort allgemeine Einkommenshilfen.

Eineinhalb Jahre nach der deutschen Einheit kann eine erste Bilanz über den Stand des zugegebenermaßen schwierigen Umstrukturierungsprozesses der Landwirtschaft Ostdeutschlands gezogen werden. Die Bilanz muß eine Bewertung der Agrarpolitik der Bundesregierung einschließen.

Das Urteil ist negativ. Wir befinden uns mit dieser Einschätzung in guter Gesellschaft mit dem deutschen Bauernverband. In seiner Situationsanalyse vom 10. Februar 1992 bringt er die Kritik an der Agrarpolitik der Bundesregierung unverhüllt zum Ausdruck.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendeter Ökopapier  
mit verminderter Holzstoff  
Kreuzungspapier



Für die meisten Probleme des Umstrukturierungsprozesses und des Neubeginns in der Landwirtschaft Ostdeutschlands hat die Bundesregierung keine Lösungen. Viele werden gar nicht oder zu spät wahrgenommen. Entscheidungen, wie bei der Frage des Verkaufs und der Verpachtung der ehemals volkseigenen Flächen und der Besserungsscheinregelung, werden laufend vertagt. Es fehlt ein durchgängiges Konzept zur Lösung der anstehenden Probleme.

Vor allem mangelt es der Bundesregierung und den Regierungsparteien an Sensibilität in Bezug auf die Probleme der einheimischen Landwirte als auch am politischen Willen, diese zukunftsweisend anzugehen. Maßgebend dafür waren anfänglich vor allem ideologische Vorbehalte. So sollten nach der politischen Wende in der ehemaligen DDR binnen kürzester Frist Familienbetriebe das Bild der ostdeutschen Landwirtschaft bestimmen. Nur widerwillig und viel zu langsam wurde von dieser unrealistischen Wunschvorstellung Abstand genommen. Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zur "Landwirtschaft in den neuen Ländern" muß auch ernüchternd auf Bundesregierung und Regierungsparteien wirken. So gab es in den neuen Ländern bis Ende 1991 circa 14.000 Wiedereinrichter, wovon ein hoher Anteil auf Nebenerwerbs- und Gartenbaubetriebe entfiel und nur 3.308 auf landwirtschaftliche Familienbetriebe im Haupterwerb.

Während anfänglich die CDU-Agrarminister der neuen Länder die agrarpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung absegneten, regt sich in letzter Zeit zunehmend massiver Widerstand von allen Seiten. Hier sei besonders die heftige Kritik gegen die Regelungen zur Entschuldung und der Landvergabe durch die im Auftrag der Bundesregierung tätige Treuhandanstalt genannt.

Der sächsische Landwirtschaftsminister Dr. Jähnichen ging sogar so weit, die Umwandlung von LPGen als Experiment zu bezeichnen, das "nicht gut geht". Er räumt auch den neugegründeten Familienbetrieben kaum Konkurrenzfähigkeit ein. Sollte das die überwiegende CDU-Auffassung sein und sollten die umgegründeten LPGen wirklich keine Zukunftschancen haben, würde in Ostdeutschland vor allem die Tierproduktion noch weiter zurückgehen. Schon jetzt werden nur noch 45 Prozent der Schweine und 60 Prozent des Milchviehs gegenüber 1989 gehalten. Zusätzliche Arbeitsplatzverluste in den ländlichen Räumen wären die Folge und die Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands nähme Schaden. Die einheimischen Landwirte, die bis zur politischen Wende im Gebiet der DDR gelebt und gearbeitet haben, wären die großen Verlierer. In Bonn müßten längst angesichts einer solchen Einschätzung die Alarmglocken läuten.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Agrarpolitik für Ostdeutschland zu überdenken und zu korrigieren.

Wir kritisieren das Ausbleiben beziehungsweise die unzureichenden agrarpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung:

**1. Rechtliche Umwandlung der ehemaligen LPGen und Vermögensauseinandersetzungen führen zu Ungerechtigkeiten**

- o Die Regelungen des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes (LAG) erweisen sich in vielen Fällen als nicht akzeptabel, zumal es bisher hierfür keine Rechtspraxis gibt.
- o Wir haben von Anfang an darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem LAG ein Zielkonflikt geschaffen wird, der sich aus den Vermögensansprüchen ausscheidender Mitglieder und dem Bestreben nach Vermögenserhalt im Unternehmen für seine Fortführung ergibt. Dieser Konflikt besteht fort.
- o Die Information der Betroffenen über die tatsächliche Vermögenshöhe der Unternehmen ist unzureichend.

oDie Bilanzierung des Vermögens in Verbindung mit der Vermögensauseinandersetzung wirft nach wie vor Probleme auf. Die - entgegen einem SPD-Vorschlag - nicht geregelten Vermögensbeziehungen zwischen in der Vergangenheit willkürlich gebildeten Tier- und Pflanzenproduktionsbetrieben führen zu Ungerechtigkeiten und Frust bei einheimischen Landwirten.

oNach wie vor sind Eigentumsfragen bezüglich der Gebäude und deren künftiger Nutzung, wenn diese - wie in den meisten Fällen geschehen - auf Privatland errichtet wurden, nicht hinreichend geklärt.

## **2. Halbherzige Klärung der Altschuldenprobleme**

oDie Entschuldung von 1,4 Milliarden DM ist gemessen an der tatsächlichen Schuldenhöhe von 7,6 Milliarden DM zu niedrig

oDie sogenannte Besserungsscheinregelung stellt einen Knebelvertrag dar, der vor allem aufgrund der überzogenen Zinshöhe und der Auflage zum Verkauf des nicht betriebsnotwendigen Anlagevermögens die weitere Existenz vieler verschuldeter Betriebe gefährdet.

oVor allem wird durch diesen Tatbestand die weitere Privatisierung blockiert.

## **3. Geplante Landvergabe durch Bundesregierung und ihre Treuhandanstalt benachteiligt einheimische Landwirte**

Die politischen Vorgaben zur Verwertung des über die Treuhand im Besitz der Bundesregierung befindlichen Grundigentums, das auf besatzungsrechtliche Enteignungen bis 1949 zurückgeht, benachteiligt die Landwirte in Ostdeutschland, die bis zur politischen Wende in der DDR gelebt und gearbeitet haben. Die Kritik richtet sich auf folgende Punkte:

oVorrang des Verkaufs vor Verpachtung.

oAbsicht der Bundesregierung, die Entschädigung mit der Landvergabe zu verbinden. Vor allem die nahezu einseitige Förderung der Alteigentümer mit knappen Steuergeldern, die durch das immer noch ausstehende Entschädigungsgesetz begünstigt werden sollen, ist nicht hinnehmbar. Damit würden knappe öffentliche Mittel vorrangig einem bestimmten Personenkreis, der nahezu ausschließlich bis zur politischen Wende im Westen gelebt hat, zukommen.

## **4. Einkommensverluste durch niedrigere Preise weiterhin in Teilbereichen gegeben**

Bei Milch erzielen die Landwirte in Ostdeutschland nach wie vor um bis zu 10 Pf/kg niedrigere Preise. Die Bundesregierung war nicht bereit, den Einkommensausfall kapitalintensiver Produktionen ostdeutscher Landwirte durch eine Aufstockung der Anpassungshilfen um 100 Millionen DM im Ansatz auszugleichen.

## **5. Reform der gemeinsamen Agrarpolitik geht zu Lasten der neuen Strukturen**

Der Reformvorschlag der EG-Kommission beinhaltet eine eindeutige Benachteiligung größerer Betriebe. Vor allem die Landwirtschaft Ostdeutschlands wird dadurch negativ betroffen, indem

- Betriebe mit mehr als 230 t Getreideproduktion ihre Flächen unentgeltlich stilllegen sollen und
- Betriebe mit mehr als 40 Milchkühen für Einkommenskürzung bei Milch keinen Ausgleich erhalten sollen.

Der Bundesregierung ist es bisher erkennbar nicht gelungen, hier einen zukunftsweisenden Durchbruch zu erzielen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die kritisierten Bereiche sowohl im Plenum als auch vor allem im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages mehrfach zur Sprache gebracht.

Entgegen der Bundesregierung hat die SPD von Anfang an eindeutige Positionen zum Strukturwandel in Ostdeutschland eingenommen. So hat sie sich von Anfang an

- o zur Chancengleichheit für alle Betriebsformen in Ostdeutschland
- o zur bevorzugten Unterstützung von Landwirten im Beitrittsgebiet, die bis zu politischen Wende ortsansässig waren,

- o zur Erhaltung von möglichst vielen Arbeitskräften im ländlichen Raum

bekannt und entsprechend gehandelt.

Die SPD hat auf bestehende Probleme in den genannten Bereichen hingewiesen, Lösungen angemahnt und Vorschläge hierfür unterbreitet, wobei ich ausdrücklich auf die ausliegende Übersicht über unsere Aktivitäten hinweise:

### **1. Rechtsformwechsel und Vermögensauseinandersetzung**

- o Zahlreiche Änderungsanträge zur Novellierung des LAG, die unter anderem eine klare Regelung der Verantwortung für den Umstrukturierungsprozeß und die Vermögensentflechtung zwischen Tier- und Pflanzenproduktion zum Inhalt hatten.

- o Initiative der SPD zur Änderung des Paragraphen 69 Absatz 3 des LAG.

- o Einbringung einer Kleinen Anfrage zu Fragen der Vermögensauseinandersetzung mit dem Ziel, die Bundesregierung zu drängen, offene vermögensrechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem Strukturwandel auf dem Lande zu klären.

### **2. Altschulden**

- o Die Klärung der Altschuldenfrage war und ist nach Ansicht der SPD im Interesse der Betroffenen für einen Neubeginn von zentraler Bedeutung. Bereits auf der ersten Sitzung des neugewählten Deutschen Bundestages im Dezember 1990 in Berlin haben wir folgerichtig ein Moratorium im Zusammenhang mit den Altschulden beantragt.

- o Bei der Novellierung des LAG hat das Land Brandenburg, unterstützt durch die SPD-Bundestagsfraktion, den Antrag gestellt, eine Wertberichtigung der Altschulden vorzunehmen. Wir halten das auch heute noch für die beste und weiterhin zu vollziehende Lösung.

- o Die vorliegende Besserungsscheinregelung wollen wir ändern. Mit dem im Deutschen Bundestag von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Antrag wollen wir den Fortfall beziehungsweise die Verringerung der Altschuldenverzinsung wie auch den Fortfall der Verpflichtung zum Verkauf von Anlagevermögen zur Schuldendeckung erreichen.

### **3. Landvergabe durch Bundesregierung und Ihre Träuhandanstalt**

- o Die SPD-Bundestagsfraktion tritt eindeutig für den Vorrang der Verpachtung vor dem Verkauf ein. Sie schließt letzteren zu einem späteren Zeitpunkt nicht grundsätzlich aus, hält es jedoch für

sinnvoller mit dem Verkauf erst dann zu beginnen, wenn sich stabile Strukturen in Ostdeutschland abzeichnen. Durch die Politik der Bundesregierung und der Regierungsparteien werden jetzt vor allem die kapitalschwächeren einheimischen Landwirte benachteiligt.

o Der hochsubventionierte Verkauf (Siedlungskauf) wird von der SPD-Bundestagsfraktion in der geplanten Form abgelehnt. Es ist unsinnig im hohen Umfang knappe Steuergelder für einen kleinen Kreis von Begünstigten vorrangig - die sogenannten Altelgentümer - einzusetzen. Die Verquickung von Bodenverkauf und Entschädigung lehnen wir im Grundsatz ab. Entschädigungen müssen endlich über ein entsprechendes Gesetz geregelt werden.

o Sollten Bundesregierung und die Mehrheit im Deutschen Bundestag jedoch den Siedlungskauf durchsetzen, muß nach Auffassung der SPD der Begünstigtenkreis auf jeden Fall auf Neueinrichter, die bis zur politischen Wende im Gebiet der DDR gelebt haben, und auf Gesellschafter von früheren LPGen erweitert werden. Die Forderung des CDU-Landwirtschaftsministers von Mecklenburg-Vorpommern, auch juristische Personen miteinzubeziehen, halten wir nicht für angemessen.

#### **4. Preisnachteile der ostdeutschen Landwirtschaft**

o Nicht von den Landwirten zu vertretende Erzeugerpreisnachteile, vor allem bei Milch, die auf bisher noch unzureichende Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zurückzuführen sind, müssen nach unserer Auffassung auch jetzt noch über sogenannte Anpassungshilfen ausgeglichen werden. Unseren diesbezüglichen Antrag zur Erhöhung der Anpassungshilfen um 100 Millionen DM halten wir nach wie vor für richtig.

o Die vorgezogene Inkraftsetzung des Marktstrukturgesetzes in den neuen Ländern geht auf eine Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zurück. Den umgehenden Aufbau von Erzeugergemeinschaften halten wir für notwendig, damit ostdeutsche Erzeuger ihre Marktchancen besser wahrnehmen können.

#### **5. Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) und die GATT-Verhandlungen**

o Bei der Reform der GAP setzt die SPD grundsätzlich stärker auf marktwirtschaftliche Lösungen. Zu bürokratische Regelungen sind nicht handhabbar und lähmen unternehmerische Entscheidungen.

o Wir bekennen uns zu einer Landwirtschaft in der Fläche. Der notwendige Produktionsrückgang muß vor allem durch Extensivierung, nicht durch einseitige Förderung der Flächenstilllegung erreicht werden. Die benachteiligten Regionen bei uns und in der EG dürfen nicht auf der Strecke bleiben.

o Wir halten Ausgleichszahlungen für Einkommensverluste, die durch die Reform der GAP entstehen, während eines verlässlichen Übergangszeitraums für unabdingbar. Sie sollen die Anpassung der Betriebe an die neuen Rahmenbedingungen erleichtern und ermöglichen. Größere Betriebe dürfen grundsätzlich nicht benachteiligt werden.

o Diese Einkommensübertragungen dürfen nicht losgelöst von den Einkommensverhältnissen gewährt werden.

o Zusätzliche Leistungen der Landwirtschaft zugunsten von Landwirtschaft und Umwelt sind zusätzlich zu honorieren. Dieses Entgelt muß dauerhaft und verlässlich gewährt werden.

oIm Rahmen der GAP-Reform ist die Verbraucherpolitik grundlegend zu verbessern. Ein besonderer Schwerpunkt muß bei der Verbesserung der Auszeichnungspflicht für Lebensmittel liegen.

oGATT-Verhandlungen und GAP-Reformen bedingen einander. Ein angemessener Außenschutz ist für unsere Landwirtschaft unabdingbar. Er muß ausreichende Einkommen in den landwirtschaftlichen Betrieben ermöglichen, die sich in einer zu bestimmenden Zeit an die neuen Bedingungen angepaßt haben und umweltverträglich wirtschaften. In diesem Zusammenhang muß eine vertretbare Lösung für das Problem der Getreidesubstitute erreicht werden.

oEin erfolgreicher GATT-Abschluß ist auch im Interesse unserer Landwirtschaft. Er öffnet neue Märkte für hoch qualifizierte Lebensmittel aus deutscher Produktion durch Beseitigung der Quotenregime.

(-/24. April 1992/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Mehr Engagement im Kampf gegen die Armut**  
SPD begrüßt Forderung nach Entwicklungssicherheitsrat der UN

Von Ingomar Hauchler MdB  
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD

Die SPD unterstützt die Forderung im UNDP-Bericht nach Schaffung eines 'Entwicklungssicherheitsrates' der Vereinten Nationen. Dies entspricht den Vorstellungen der SPD im Zuge einer Reform der Vereinten Nationen, um eine stärkere Kompetenz der UNO für die Bewältigung der globalen Sicherheitsrisiken zu bewirken.

Das umfangreiche Datenmaterial des Berichts macht deutlich, daß die Armut weltweit weiter zugenommen hat und darüber hinaus mit der globalen Umweltverschmutzung eng verbunden ist.

Der Bericht belegt außerdem, daß die Unterschiede zwischen Arm und Reich noch größer geworden sind. Allein der beschränkte und nicht gleichberechtigte Zugang zu den Finanz-, Handels- und Arbeitsmärkten verursacht für die Entwicklungsländer und ihre Bevölkerung Verluste in Höhe von 500 Milliarden US-Dollar. Das ist ein Betrag, der zehnmal so hoch ist, wie die Entwicklungshilfe. Angesichts dieser Entwicklung sind Strukturveränderungen in den Industrieländern des Nordens überfällig. Der Norden muß in seinem eigenen Interesse bereit sein, den Entwicklungsländern den Zugang zu seinen Märkten zu öffnen. Das ist insbesondere bei den laufenden GATT-Verhandlungen von großer Bedeutung. Darüber hinaus muß der Norden auch im eigenen Interesse Umweltprogramme finanzieren und sich mehr im Kampf gegen Armut engagieren, da sich die sonst drohenden Migrationsbewegungen nicht aufhalten lassen werden.

Besonders interessant sind die Vorschläge des UNDP, eine Verbrauchssteuer für fossile Brennstoffe beziehungsweise die Emission von Kohlendioxid zu erheben.

Zu kurz und wenig konkret ist dagegen die Forderung nach Abschluß einer globalen Schuldenvereinbarung, die den gegenwärtigen Nettokapitaltransfer von jährlich 50 Milliarden US-Dollar aus den Entwicklungsländern in die Vereinbarung zu einer geregelten Entschuldung der Entwicklungsländer rasch auf einer internationalen Konferenz, wo sich alle Beteiligten zusammensetzen, getroffen werden. Die aufgelaufenen Schulden bedürfen dringend einer Lösung, da sie viele Entwicklungsländer strangulieren, ihre Bevölkerung weiter verarmen lassen und rezessive Tendenzen auf dem Weltmarkt fördern.

(-/24. April 1992/hgs/fr)

\*\*\*\*\*